



Faktenblatt

November 2011

Zivilschutz

Zusammenfassung

Der Zivilschutz ist zuständig für die Bereitstellung der Schutzinfrastruktur und der Mittel für die Alarmierung der Bevölkerung, für die Betreuung von schutzsuchenden und von obdachlosen Personen und für den Schutz von Kulturgütern. Der Zivilschutz unterstützt die anderen Partnerorganisationen insbesondere bei Langzeiteinsätzen. Er führt Instandstellungsarbeiten aus und verstärkt die Führungsunterstützung und die Logistik. Zudem kann der Zivilschutz für Aufgaben zu Gunsten der Gemeinschaft eingesetzt werden.

Für den Zivilschutz besteht die nationale Schutzdienstpflicht. Im Rahmen bundesrechtlicher Vorgaben regeln die Kantone die Belange des Zivilschutzes sowie die Zusammenarbeit mit den anderen Partnerorganisationen. Die Organisation des Zivilschutzes richtet sich nach der jeweiligen Gefährdung sowie nach den topografischen Gegebenheiten und Strukturen in einem Kanton, einer Region oder Gemeinde. Die eigentlichen Träger des Zivilschutzes sind meist die Gemeinden und Regionen. Der Zivilschutz betreibt eine umfassende Schutzinfrastruktur (Schutzanlagen und Schutzräume), die primär für den Fall des bewaffneten Konflikts erstellt worden ist, aber auch bei Katastrophen und in Notlagen als Notunterkunft genutzt werden kann.

1. Der Auftrag des Zivilschutzes

Der Zivilschutz hat ein breites Aufgabenfeld und sorgt für Schutz, Betreuung und Unterstützung. Er ist schwergewichtig als Einsatzmittel der zweiten Staffel im Verbundsystem des Bevölkerungssystems positioniert. Insbesondere soll er die Durchhaltefähigkeit der anderen Partnerorganisationen bei grossen und langandauernden Katastrophen und Notlagen erhöhen.

Im Einzelnen erfüllt der Zivilschutz folgende Aufgaben:

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur und der Mittel zur Alarmierung der Bevölkerung
- Betreuung von schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern
- Unterstützung der anderen Partnerorganisationen, insbesondere bei Katastrophen und in Notlagen
- Verstärkung der Führungsunterstützung und der Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

2. Die Organisation des Zivilschutzes

Auf Bundesebene ist grundsätzlich das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) für den Zivilschutz massgebend. Darauf basierend gibt es verschiedene Bundesverordnungen sowie kantonale Gesetze.

Der Bund schafft rechtliche Grundlagen für den Zivilschutz und erlässt Vorgaben im Rahmen seiner Zuständigkeiten. Er regelt die Rechte und Pflichten der Schutzdienstpflichtigen, insbesondere bezüglich Rekrutierung und Ausbildung, aber auch die Bereiche des Materials sowie der Alarmierungs- und Telematiksysteme, die Schutzbauten und die Finanzierung.

Die Kantone sind für die Umsetzung der Vorgaben des Bundes und für die Organisation des Zivilschutzes verantwortlich. Sie haben dabei viel Spielraum, um den Zivilschutz in die kantonalen Bevölkerungsschutz-Strukturen zu integrieren. Die Organisation des Zivilschutzes richtet sich nach der jeweiligen Gefährdung sowie nach den topografischen Gegebenheiten und Strukturen in einem Kanton, einer Region oder Gemeinde. Die eigentlichen Träger des Zivilschutzes sind meist die Gemeinden und Regionen.

3. Die Schutzdienstpflicht

Der Zivilschutz basiert auf einer nationalen Dienstpflicht. Die nationale Dienstpflicht wird entweder in der Armee (Militärdienstpflicht) oder im Zivilschutz (Schutzdienstpflicht), im Ausnahmefall im Zivildienst (Zivildienstpflicht) geleistet. Männer mit Schweizer Bürgerrecht, die für die Schutzdienstleistung tauglich sind und nicht Militärdienst oder Zivildienst leisten, sind grundsätzlich schutzdienstpflichtig.

Die Rekrutierung für den Zivilschutz und für die Armee wird gemeinsam durchgeführt. Die Schutzdienstpflicht beginnt mit dem Jahr, in dem die Pflichtigen 20 Jahre alt werden, und dauert bis zum Ende des Jahres, in dem sie 40 Jahre alt werden. Der Bundesrat kann die Schutzdienstpflicht für den Fall eines bewaffneten Konflikts erhöhen.

Die Schutzdienstpflichtigen haben Anspruch auf Sold und Erwerbsausfallentschädigung, Verpflegung, Transport und Unterkunft; sie sind militärversichert, und bei der Berechnung der Wehrpflichtersatzabgabe werden ihnen die Ausbildungs- und Einsatztage angerechnet.

Schweizer Bürger, die ihre Wehrpflicht nicht oder nur teilweise durch persönliche Dienstleistung im Militär- oder Zivildienst erfüllen, haben einen Ersatz in Geld zu leisten (Wehrpflichtersatzabgabe). Dies gilt auch für Angehörige des Zivilschutzes, die Dienstleistung im Zivilschutz befreit nicht grundsätzlich von der Wehrpflichtersatzabgabe. Mit jedem im Zivilschutz geleisteten Dienstag ermässigt sich die Wehrpflichtersatzabgabe jedoch um 4 Prozent.

Die Dauer der Ersatzpflicht richtet sich nach der Wehrpflichtdauer für Angehörige der Mannschaft und Unteroffiziere der Armee. Diese ist auf 30 Jahre angesetzt. Die Ersatzabgabe ist also nicht bis zum Ende der Schutzdienstpflichtzeit (40. Altersjahr), sondern nur bis zu dem Jahr zu bezahlen, in dem das 30. Altersjahr beendet wird.

4. Die Ausbildung im Zivilschutz

Mit der Neuausrichtung des Zivilschutzes wurde die Ausbildung der Schutzdienstpflichtigen angepasst und zum Teil neu konzipiert. Die Ausbildungsinhalte orientieren sich an den Aufgaben des Zivilschutzes bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen und nicht mehr an den Erfordernissen des bewaffneten Konflikts.

In Abstimmung mit den Aufgaben des Zivilschutzes und um einen möglichst polyvalenten Einsatz der Schutzdienstpflichtigen zu ermöglichen, sieht das Ausbildungskonzept drei Grundfunktionen vor:

- Stabsassistent (für den Bereich Führungsunterstützung),
- Betreuer (für den Bereich Schutz und Betreuung),
- Pionier (für den Bereich Unterstützung).

Nach erfolgter Rekrutierung haben die Schutzdienstpflichtigen eine Grundausbildung zu absolvieren. Sie besteht aus zwei aufeinander aufbauenden Ausbildungssequenzen:

- In der allgemeinen Grundausbildung AGA wird allen Schutzdienstpflichtigen das nötige Grundwissen vermittelt.
- In der funktionsbezogenen Grundausbildung FGA steht die einsatzbezogene fachtechnische Ausbildung, getrennt nach den drei Grundfunktionen, im Zentrum.

Je nach Kanton dauert die allgemeine und funktionsbezogene Grundausbildung zwei bis drei Wochen.

Mit einer Zusatzausbildung ZA kann das Grundwissen von ausgewählten Schutzdienstpflichtigen für Spezialaufgaben (z.B. Anlage- und Materialwartung) ergänzt werden. Für die Übernahme jeder Kaderfunktion ist eine entsprechende Kaderausbildung zum Gruppen- oder Zugführer, zum Chef eines Sachbereichs der Führungsunterstützung oder zum Zivilschutzkommandanten zu absolvieren. Die Kader und Spezialisten des Zivilschutzes haben periodisch Weiterbildungen zu absolvieren.

Mit den jährlich stattfindenden Wiederholungskursen werden die Schutzdienstpflichtigen befähigt, ihre Aufgaben jederzeit zu erfüllen. Wiederholungskurse dienen in erster Linie dazu, die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzformationen sowie der Kader zu überprüfen, zu ergänzen und zu festigen. Sie ermöglichen dem Kader zudem, die notwendigen Führungserfahrungen zu sammeln.

5. Die Schutzinfrastruktur des Zivilschutzes

Zu den Schutzbauten des Zivilschutzes zählen Schutzanlagen, Schutzräume und Kulturgüterschutzräume. Die Schutzbauten werden primär für den Fall des bewaffneten Konflikts erstellt, sollen aber auch bei Katastrophen und in Notlagen als Notunterkünfte genutzt werden können.

Als Schutzanlagen bezeichnet man Kommandoposten, Bereitstellungsanlagen, geschützte Sanitätsstellen und geschützte Spitäler. Sie dienen primär dazu, die Führungsfähigkeit und die Bereitschaft der Mittel des Bevölkerungsschutzes sicherzustellen. Die Schutzräume dienen dem Schutz der Bevölkerung.

Die technischen Grundlagen für die Planung, Erstellung und Werterhaltung dieser Infrastruktur werden im Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS erarbeitet. Der Bund koordiniert, genehmigt, finanziert und überwacht die Massnahmen der baulichen und technischen Infrastruktur und genehmigt prüfpflichtige Einbauteile für Schutzbauten. Die Kantone (und Gemeinden) setzen die Vorgaben mit der Unterstützung des Bundes um.

Grundsätzlich soll in der Schweiz für jede Einwohnerin und jeden Einwohner ein Platz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts zur Verfügung stehen. Beim Bau von Wohnhäusern besteht deshalb grundsätzlich die Pflicht zum Bau von Schutzräumen; danach sind diese von den Hauseigentümern auszurüsten und zu unterhalten. In Gebieten, in denen nicht genügend Schutzräume vorhanden sind, haben zudem die Gemeinden (öffentliche) Schutzräume zu erstellen, auszurüsten und zu unterhalten. Wird beim Hausbau kein Schutzraum erstellt oder ist der Schutzplatzbedarf im Beurteilungsgebiet gedeckt, hat der Hauseigentümer einen Ersatzbeitrag zu entrichten. Landesweit gibt es rund 8,6 Millionen Schutzplätze. Allerdings ist die Verteilung nicht gleichmässig: In rund 900 Gemeinden besteht weiterhin ein Schutzplatzdefizit; betroffen davon sind insbesondere grössere Städte.

Insgesamt verfügt die Schweiz bei den Schutzbauten über einen sehr guten Ausbaustand. Deshalb steht nicht mehr der Bau von Schutzräumen und -anlagen im Vordergrund, sondern die Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur.

Mit der 2011 von den Eidg. Räte beschlossenen und voraussichtlich Anfang 2012 in Kraft tretenden Teilrevision des BZG werden die Vorschriften zur Schutzraumbaupflicht in diesem Sinne angepasst: Bisher mussten Schutzräume in Gebäuden ab einer Grösse von 8 Zimmern gebaut werden (Schutzraum mit 5 Plätzen); künftig müssen Schutzräume nur noch in grösseren Überbauungen ab 38 Zimmern erstellt werden (Schutzraum mit 25 Plätzen), sofern in dem betroffenen Gebiet noch nicht genügend Schutzräume bestehen. Für kleinere Bauten müssen Hausbesitzer reduzierte Ersatzabgaben zahlen; pro Schutzplatz sind es neu 400 bis 800 Franken statt wie bisher rund 1500 Franken.

Für weitere Auskünfte

Kurt Münger
Chef Kommunikation
Tel. 031 322 55 83

Weiterführende Informationen

www.bevoelkerungsschutz.ch